

Sozialistische Hochschulzeitung

1/14

#78 · SOZIALISTISCHE GRUPPE (SG) · HOCHSCHULGRUPPE ERLANGEN/NÜRNBERG
WWW.SOZIALISTISCHEGRUPPE.DE · SG@SOZIALISTISCHEGRUPPE.DE

Verbraucherschutz für Arme: Anleitung zum Sparen

Manchmal haben es die Politiker nicht leicht mit ihren einkommensschwachen Bürgern. Nicht erst, wenn es Winter wird, dann aber erst recht verschwenden die Strom, den sie sich nicht leisten können. Und zwar bloß, um nicht im Dunklen und Kalten zu sitzen, sich was zu kochen und sich für den Arbeitsmarkt bereit zu halten. Die Folge: schlecht für sie, weil ihnen der Strom gesperrt wird und sie im Dunklen und Kalten auf Schulden sitzen, die sie nicht bezahlen können. Und ein bisschen schlecht auch für die „Versorger“, die ihnen den Strom nicht rechtzeitig abgedreht haben und deshalb ihrerseits auf schwer einbringlichen Forderungen sitzen.

Verantwortungsvolle Politiker nehmen sich – mitten in den Koalitionsverhandlungen – Zeit für eine hilfreiche Idee.

„Um die wachsende Zahl von Stromsperrern einzudämmen, planen Union und SPD für die Verbraucher mit Zahlungsschwierigkeiten ‚Prepaid-Karten‘ wie beim Handy. So bekämen die Versorger ihr Geld und die Verbraucher müssten nicht auf Strom verzichten, sagte die CDU-Poli-

tikerin Mechthild Heil der ‚Saarbrücker Zeitung‘. Sie leitet für die Union die Arbeitsgruppe Verbraucherschutz in den Koalitionsverhandlungen.“ (Welt, 5.11.13)

Man muss den einkommensschwachen Bürgern einfach ein wenig helfen, ihrer Verantwortung für sich und die Gemeinschaft gerecht zu werden. Und das ist ja auch gar nicht so schwer: Sie müssen nur praktisch beweisen, dass sie sich den Strom, den sie verbrauchen müssen, auch tatsächlich leisten können – indem sie ihn vorher bezahlen. Damit haben sie sich schon einmal dagegen abgesichert, ihr Hartz-IV-Geld ohne Rücksicht auf die Stromkosten zu verjubeln. Und müssen deswegen exakt erst dann auf den Strom verzichten, wenn das Guthaben auf der Prepaid-Karte verbraucht und kein Geld für eine neue da ist; und nebenbei ersparen sie so den Versorgern den Ärger mit dem Eintreiben ihres Geldes. Eine feine Lektion praktischer Volkserziehung: vom Pauper, dem der Strom abgedreht wird, zum mündigen Verbraucher, der sich selbst vom Netz nimmt. ●

Das Flüchtlingsdrama von Lampedusa: Eine notwendige Katastrophe

Angesichts 300 ertrunkener Flüchtlinge vor Lampedusa im Oktober zeigten sich Politiker und Medien erschüttert. Auffällig an den Kommentaren ist eines: Auf je verschiedene Weise bescheinigen sie alle der Katastrophe eine furchtbare Folgerichtigkeit – und räumen so ein, dass der massenhafte Versuch von Afrikanern und Arabern, in der EU ein Überleben zu finden, ebenso wie das tödliche Fernhalten der Flüchtlinge zu diesem Europa einfach dazugehören.

Zuerst regen sich Trauer und Empörung. Ihnen verleiht Heribert Prantl in der *Süddeutschen Zeitung* Ausdruck, indem er einmal ungeschminkt die durchaus bekannte Wahrheit über das Grenzregime der EU zu Papier bringt:

„Das Mittelmeer ist ein Massengrab. Die toten Flüchtlinge sind Opfer der europäischen Flüchtlingspolitik. In dieser Politik hat die Abwehr von Menschen den Vorrang vor der Rettung von Men-

schen. Hilfe gilt als Fluchtanreiz. Der Tod der Flüchtlinge ist Teil der EU-Flüchtlingspolitik, er gehört zur Abschreckungsstrategie, die der Hauptinhalt dieser Politik ist.“ (SZ, 8.10.13)

Dass Europas Grenzsicherung über Leichen geht, will Prantl dann aber doch nicht so stehen lassen: Er nimmt seine korrekte Denunziation der gezielten Abschreckung in den Vorwurf einer Unterlassungssünde zurück – die Toten seien „Opfer unterlassener Hilfeleistung; womöglich handelt es sich auch um Tötung durch Unterlassen“ –, für die die Politiker sich gefälligst schämen und Abhilfe leisten sollen. Um ihnen ins Gewissen zu reden und seinen Imperativ unüberhörbar zu machen, wird er poetisch und erhebt die ertrunkenen Auswanderer in eine höhere Sphäre: Sie sind Botschafter, die eine Botschaft überbringen, lebende Appelle an unsere Humanität. Dem eigenen hohen Wert wenigstens hätte die EU →

Gegenstandspunkt Vortrag & Diskussion

Deutschland schürt den Umsturz in der Ukraine Wem gehört Osteuropa?

Donnerstag, 23. Januar 2014, 20:15 Uhr
Künstlerhaus, Weiß. Saal, Königstr. 93, Nbg.

Wenn ein deutscher Außenminister die protestierenden Massen, die seit Wochen den Majdan-Platz besetzen und die Regierung stürzen wollen, zum Durchhalten ermuntert, wenn die deutsche Politik sich mit Geld und politischer Rückendeckung einen eigenen nächsten Präsidenten der Ukraine aufbaut, dann ist das gute Nachbarschaft und ein Dienst an der Freiheit des ukrainischen Volkes. Würde Russland in ähnlicher Weise Revolutionsexport betreiben – was es nicht tut –, wäre das selbstverständlich eine nicht hinnehmbare Einmischung in die inneren Angelegenheiten eines souveränen Landes, lupenreiner Imperialismus.

Wenn die EU der Ukraine ein Assoziationsabkommen anbietet, das dem Land den Abbau seiner Zölle und die schrittweise Übernahme der Regelungen des europäischen Binnenmarkts abverlangt und dafür außer einem erleichterten Marktzugang gar nichts, schon gleich keine Finanzhilfen bietet, dann ist das ein Schritt in eine gemeinsame europäische Zukunft und ein echtes Geschenk an den östlichen EU-Anrainer. Wenn Russland dem Land milliardenschwere Finanzhilfen für den überschuldeten Staatshaushalt und eine gewaltige Senkung des Preises für Energieimporte anbietet und damit für den Anschluss der Ukraine an seine „eurasische Zollunion“ wirbt, dann ist alles klar: Putin will sich die Ukraine kaufen, sie ihrer Freiheit berauben und beweist damit ein unerträgliches Großmachtstreben in unserem Europa freier Völker.

Wenn der ukrainische Präsident dann beides will, das EU-Assoziationsabkommen und den Vertrag mit Russland, dann meint er wohl, er könne die EU unter Druck setzen und mit Schaukelpolitik bessere Konditionen für sein Land durchsetzen. „Wir“ aber dürfen und werden uns nicht erpressen lassen: nachgebessert wird nicht.

Wenn daraufhin ein Volksteil den Präsidenten stürzen will, weil er das Abkommen mit der EU nicht unterzeichnet, dann vertritt der den authentischen Volkswillen, verdient jeden Respekt und Unterstützung. Wenn ein anderer Volksteil aber für die Anbindung an Russland und den Präsidenten demonstriert, dann ist der ganz bestimmt in die Hauptstadt kommandiert und für Demonstrationsdienste bezahlt worden.

Wenn zwei das Gleiche tun, ist es eben überhaupt nicht das Gleiche! Die Parteilichkeit der öffentlichen Meinung in Deutschland ist ebenso leicht zu durchschauen wie abscheulich: Diejenigen Ukrainer, die sich der EU anschließen und ihrem Reglement unterordnen wollen, sind zukunftsorientiert und frei und gut. Die anderen sind bestochen, unfrei, böse.

Wer sich mit dieser Sortierung der politischen Lager hinreichend unterrichtet sieht, braucht sich gar nicht mehr damit zu befassen, warum die „friedliche EU“, die nicht einmal eine eigene Armee hat, sich mit Russland eine beinharte „geopolitische“ Konkurrenz um die Beherrschung Osteuropas liefert. Und was das alles mit „unseren“ unschuldigen Handelsinteressen zu tun hat. Die anderen aber sollten es wissen.

Wissen- schafts- kritik

Vortragsreihe
WS 2013/14

Do, 16.1. Soziologie

Die Abstraktion „Gesellschaft“
Prof. Egbert Dozekal (Frankfurt/Main)

Siehe Innenteil!

Prof. Egbert Dozekal (Frankfurt/Main)

Soziologie

Die Abstraktion „Gesellschaft“

Soziologen erforschen alles, was andere untersuchen, noch einmal soziologisch. Politik, Religion, Literatur, Familie und Krieg entschlüsseln sie sehr eintönig als im Grund immer wieder dasselbe: als „*Formen von Vergesellschaftung*“ – und die braucht der Mensch, denn alleine bleiben mag er nicht. Soziologen finden nicht interessant, um was es in den verschiedenen Fällen von Gesellschaft geht, sondern dass da ein überindividuel-ler Zusammenhang von Individuen – solange er besteht – offenbar *funktioniert*. Dass die *heutige Gesellschaft kapitalistisch ist*, halten Soziologen für eine Trivialität, die sie nicht weiter interessiert, das Nähere dazu überlassen sie den Ökonomen. Dass *der Kapitalismus eine Gesellschaft ist*, gilt ihnen als eine Einsicht, und zwar die entscheidende. Auch diesem System geht es – ihnen zufolge – um dasselbe wie jeder möglichen Sklaven- und Feudalgesellschaft: nämlich um nichts anderes als um die Integration seiner Mitglieder und seinen Selbsterhalt. Und alles, was Soziologen in dieser Gesellschaft an Institutionen, Handlungsweisen und Sitten zum Thema machen, deuten sie nach ihrem sturen Schema als entweder funktionalen Beitrag zur Systemstabilität oder als ihre Gefährdung.

Mag das Fach längst nicht mehr die Modedisziplin von einst sein; ihre Quintessenzen kennt und versteht jeder. Wer kann schon sagen, was verkehrt ist an so unwidersprechlichen Auskünften wie, alles sei „gesellschaftlich vermittelt“, „der Mensch ist Produkt der Gesellschaft“, diese umgekehrt wieder „Produkt der Menschen“ und ihrer Interaktionen.

Der Vortrag wird sich genau darum bemühen.

**Do, 16.01.2014, 19:15 Uhr,
Kollegienhaus, Raum 1.019,
Universitätsstraße 15, 91054 Erlangen**

POLITISCHE VIERTELJAHRESZEITSCHRIFT GEGENSTANDSPUNKT



GegenStandpunkt 4-13
ISSN 0941-5831
128 Seiten
€ 15.–

- **Kritik – wie geht das?**
- Giftgas in Syrien
Die Weltführungsmacht statuiert ein Exempel ihrer Glaubwürdigkeit
- Die NSA-Affäre
Deutsch-amerikanische Beziehungen in der „Vertrauenskrise“
- Die Kapitalisierung Russlands
Marktwirtschaft vom Feinsten

Im Buchhandel! Erl: Ex Libris, Bismarckstr. 9
Fü: Edelmann, Fürther Freiheit 2A **Nbg:** Bahnhofsbuchhandlung / Rüssel, im Frankenzentrum / Jakob, Hefnersplatz 8 / Frenkel, Fürther Str. 9

→ zu entsprechen und Zuflucht zu gewähren. „Die Flüchtlinge sind die Botschafter des Hungers, der Verfolgung, des Leids. Doch Europa mag diese Botschafter nicht empfangen. Die europäischen Außengrenzen wurden so dicht gemacht, dass es dort auch für Humanität kein Durchkommen mehr gibt.“

Diese europäische Abschottungspolitik, die Prantl für die Toten verantwortlich macht, findet der FAZ-Journalist Frankenberger auf der anderen Seite einfach unverzichtbar.

„Es stimmt: Die europäische Politik hat vornehmlich das Ziel, illegale Einwanderer – und um solche handelt es sich – abzuwehren. ... Aber fairerweise muss man sagen, dass das Ausmaß selbst die vernünftigste Flüchtlingspolitik überfordern würde.“ (FAZ, 5.10.13)

Dem Kommentator ist sonnenklar: Lässt man einen afrikanischen oder asiatischen Hungerleider in die EU herein, dann kommen zehn oder hundert Mal so viele hinterher. Für ihn sind die trostlosen Lebensbedingungen in den Herkunftsländern der Auswanderer vor allem eines: „perfekte Fluchtbedingungen“. Die Not, die die Flüchtlinge aus ihrer Heimat treibt, trifft nicht Einzelne, sondern die Bewohner von eineinhalb Kontinenten. Sie hat mit temporären Problemen oder einem durch auswärtige Unterstützung bewältigbaren Ernte- oder Produktionsausfall nichts zu tun, sondern zeigt einen dauerhaften Ruin der Lebensgrundlagen der Menschen dort an. Warum gleich neben potenten Wirtschaftsmächten wie Europa ganze Kontinente liegen, in denen nicht einmal das Überleben mehr geht, interessiert Frankenberger nicht weiter. Davon geht er als „den Gegebenheiten“ aus, auf die „Wir“ uns einstellen müssen. Ganz egal was irgendwer gegen die EU-Einwanderungs-Verhinderungspolitik einwenden mag, und was sich vielleicht auch gegen sie einwenden ließe: Diese Flut kann Europa nicht verkraften, „selbst die vernünftigste Flüchtlingspolitik“ würde da scheitern.

Er präsentiert damit noch so eine „Gegebenheit“, die ihm keine Frage wert ist. Warum versteht es sich denn von selbst, dass Deutschland und erst recht die große EU nicht Millionen aufnehmen können? Fehlt es etwa an Platz oder materiellen Mitteln, zusätzliche Wohnungen zu bauen und Essen heranzuschaffen? Die Flüchtlinge werden wie selbstverständlich als untragbare Belastungen und Unkosten für die sozialen Sicherungssysteme ins Auge gefasst. Dass die nach Europa wollen, um mit Arbeit für sich und ihre Familien zu sorgen, wird gar nicht erst in Betracht gezogen. Könnten sich die Einheimischen mit neuen zupackenden Händen nicht die Arbeit teilen, und das zusätzlich Benötigte leicht herstellen? Können sie eben nicht! Frankenberger hält sich nicht auf mit dem Warum. Er geht davon aus, dass in dieser Wirtschaftsweise massenhaft zusätzliche Arbeitsleute keine willkommene Unterstützung darstellen, sondern ein *Problem*. Ihm ist die Absurdität vertraut, dass Arbeit selbst – also der Aufwand, der nötig ist zur Herstellung der gebrauchten Güter – ein knappes Gut ist und schon ohne Einwanderer nicht für alle reicht. Weil *Unternehmer* dafür zuständig sind, Arbeit zu *geben*, die sich *für sie lohnt*, und weil sie dafür mit Lohn und Arbeitsplätzen knapp kalkulieren, ist Arbeit nicht einfach die Mühe, die sie ist, sondern ein Privileg, das der, der es hat, mit anderen nicht teilen kann. Nur deshalb sind zusätzliche Menschen im Land eine Bedrohung für diejenigen, die Arbeit haben. Das Kapital definiert, wie viele Leute gebraucht werden, also nützlich sind und leben können, und wie viele – an ausschließlich seinem Bedarf gemessen – Überbevölkerung darstellen und nur stören.

Aber natürlich, befinden Journalisten, sollte

und könnte die Politik immerhin etwas unternehmen, damit sich solche Katastrophen im Mittelmeer nicht wiederholen. Klare Worte findet Sebastian Schoepp von der Süddeutschen:

„Es ist die EU selbst, die die Schlüssel in der Hand hält, um Migrationsgründe zu reduzieren. Ausbeutung und Arroganz halten Afrika am Boden. Es geht damit los, dass man aufhören könnte, die Küsten Westafrikas leerzufischen, den Menschen mithin die Lebensgrundlage zu entziehen und ihre Regierungen dafür mit Almosen abzuspeisen. Man könnte auch das Dogma vom Freihandel nicht nur zum eigenen – kurzfristigen – Vorteil interpretieren und stattdessen Handelsschranken abbauen, denn die machen es armen Ländern fast unmöglich, gewinnorientiert zu produzieren. Man könnte versuchen, die Afrikaner nicht mehr zu Rohstofflieferanten zu degradieren.“ (SZ, 12.10.13)

Ob der Autor weiß, was er da an Umständen und Ursachen anführt? Wenn Afrika hungert, weil die EU die Einfuhr dortiger Agrarprodukte beschränkt und zugleich europäische Agrarexporte subventioniert, dann offenbart das viel mehr als eine egoistische Handelspolitik: Auch in Afrika hängt das Leben und Überleben nicht mehr davon ab, wie viele Lebensmittel die Bauern dort für sich und ihre Abnehmer erzeugen, sondern vom Geld, das sich in der Agrarproduktion verdienen lässt – und zwar auf einem globalen Markt. So viel Kapitalismus ist auf dem Katastrophenkontinent jedenfalls schon eingezogen, dass nur essen kann, wer – Schoepp sagt es – Gewinn zu machen oder sich dafür nützlich zu machen vermag – in Konkurrenz zu anderen, oft internationalen Anbietern, die dasselbe wollen und unmöglich alle ihr Ziel erreichen können. Und auf dieser Basis ist Europa mit seiner Marktregulation, Finanzkraft und Produktivität im Konkurrenzkampf um Geldquellen, Preise und Gewinne gegenüber afrikanischen Produzenten nicht nur gnadenlos überlegen, es ist überhaupt das politische und ökonomische Subjekt, das mit den entrichteten Lizenzgebühren für die Ausbeutung von den Fischgründen ebenso wie mit seinen Investitionen in die Cash-Crop-Produktion und die Rohstoffgewinnung sowie seiner Nachfrage nach den Produkten dieser drei Geschäftsfelder entscheidet, wie viel Geld überhaupt in Afrika ankommt, um als Quelle der Bereicherung der dortigen Eliten zu dienen. Kurz: die traditionellen Lebensgrundlagen der Bevölkerung in den meisten afrikanischen Ländern sind längst zerstört, an ihrer kapitalistischen Nutzung gibt es kein kapitalkräftiges Interesse. Dasselbe ökonomische System, das die Flüchtlinge hierzulande zur Störung werden lässt, vertreibt sie auch aus ihrer Heimat.

Der Autor, der Europa der gezielten Ausbeutung und Arroganz bezichtigt, weiß, dass die EU ihre Politik gegenüber Afrika gar nicht ändern will, weil diese Politik den „kurzfristigen“ europäischen Wirtschaftsinteressen ganz gut entspricht. Seinen Verbesserungsvorschlägen steht die ganze Realität des wuchtigen Wirtschaftsbündnisses entgegen – und dem trägt er Rechnung mit dem durchgehaltenen Konjunktiv seiner Forderungen: „Man könnte...“; wenn nicht die ganz normalen kapitalistischen Geschäftsinteressen dem entgegenstünden.

Diesen imperialistischen Benutzungsinteressen, denen er gerade noch die katastrophale Lage des schwarzen Kontinents zur Last gelegt hat, gibt er schließlich Recht als dem einzigen gültigen Maßstab: Europas Afrikapolitik sei nicht nur für Afrika schlecht, sondern ebenso für Europa selbst, weil das Geschäft, das selbst dort mit der Bevölkerung zu machen ist, womöglich von der internationalen Konkurrenz gemacht wird.

„Europa droht Afrika zu verlieren – und verpasst damit eine Chance. Viele afrikanische Länder haben enorme Wachstumsraten. Ruanda, Kongo, ja selbst Somalia sind weit mehr in Technologie und globale Wirtschaftszusammenhänge integriert, als das hierzulande wahrgenommen wird. Das Geschäft machen jedoch zunehmend andere, Brasilianer und Chinesen. Um das einzuleiten, müsste man jedoch die rassistische Brille abnehmen, durch die Afrikaner noch immer wie zu Fortschritt unfähige Nehmer aussehen, zu denen man sie ja stets auch machen wollte.“

Vorurteilslose Eingliederung Afrikas in die „globalen Wirtschaftszusammenhänge“ der von dem Kommentator eben noch angeprangerten imperialistischen Ausbeutung – sollte es das sein, was Afrika weiterhilft? ●

DISKUSSIONSVERANSTALTUNG IN NÜRNBERG

Kritik – wie geht das?

In einem freien Land wird allerorten Kritik geübt. Es ist sogar erwünscht, dass jeder sich an diesem Geschäft beteilige – so gilt die Vermittlung eines „kritischen Bewusstseins“ als Aufgabe der Schule. Das heißt leider nicht, dass hierzulande das Handwerk der Kritik beherrscht wird und mündige Bürger wissen, wie Kritik geht. Beim Kritisieren unterlaufen ihnen nämlich immerzu die gleichen Fehler, durch

die sie nicht nur das zunächst einmal theoretische Handwerk der Kritik verpfuschen. Mit ihrem falsch gestrickten Einspruchs- und Beschwerdewesen bilden sie an sich den Willen aus, der sie zum perfekten Mitmacher qualifiziert – bei allem, was ihnen so missfällt. Was die übliche Kritik so verkehrt macht und wie Kritik wirklich geht, wird geklärt werden auf unserer Diskussionsveranstaltung am:

Dienstag, 14. Januar, 20:15 Uhr, Stadtteilzentrum Desi, Brückenstraße 23, Nürnberg

FAZ zum Wirtschaftsnobelpreis: Wirtschaftliche (Un)Vernunft gehört geehrt!

Das Nobelpreis-Komitee kürt dieses Jahr drei amerikanische Ökonomen für ihre besonderen Leistungen auf dem Feld der Finanzmarkt-Forschung. Die FAZ weiß deren Arbeiten ebenfalls zu würdigen und widmet sich anlässlich der Entscheidung des Komitees sowohl den drei Preisträgern als auch deren Ehrung:

„Die Preise für Gurken, Mittelklassewagen und Eieruhren bewegen sich im Laufe der Jahre, aber gewöhnlich schwanken sie nicht so stark wie die Preise für Aktien, Unternehmensanleihen oder Kreditausfallderivate (CDS). Das gelegentlich heftige Auf und Ab der Preise an Finanzmärkten verdient kein größeres Interesse, wenn es nur ein paar Händler und Anleger beträfe. Aber spätestens die vor wenigen Jahren ausgebrochene Krise lehrt, dass Turbulenzen an Finanzmärkten die gesamte Wirtschaft und damit das Leben aller Menschen beeinflussen können. Die Entscheidung der Schwedischen Akademie, den diesjährigen, im Gedenken an Alfred Nobel verliehenen Preis für Wirtschaftswissenschaften drei Finanzmarktökonominnen zu verleihen, war daher überfällig.“ (Dieses und alle folgenden Zitate aus FAZ 15.10.)

Wen das Phänomen unterschiedlich schwankender Preise oder die Tatsache irritiert, dass das Geschäft mit Aktien, Anleihen und Derivaten ganze Volkswirtschaften bis hin zur Krise zu „beeinflussen“ vermag, der kommt, will er klären, wie das geht, nicht umhin, dem ökonomischen Inhalt der Handelsgegenstände auf den Grund zu gehen: Der hätte zu beantworten, worin die ökonomische Natur der Gegenstände besteht, die an den Finanzmärkten gehandelt werden, welche polit-ökonomische Substanz Objekt der Spekulation ist, so dass deren Verlauf über die Erfolgchancen der übrigen „Wirtschaft“ und am Ende über die Reproduktion ganzer Gesellschaften Regie führt.

Was die Elite der Finanzmarktökonomie, die ihrerseits angibt, die Besonderheit des Finanzmarktgeschäfts zu erforschen, diesbezüglich leistet, ist der FAZ zu entnehmen – was die Redakteure daran beeindruckt, gleichfalls:

„Fama hat Ende der sechziger Jahre die sogenannte ‚Effizienzmarkthypothese‘ entwickelt. Seiner Ansicht nach sind Märkte nicht nur hoch effizient, die Anleger sind auch strikt rational und reagieren ganz schnell auf neue Informationen, wie Dividendenankündigungen. Dies erkläre die Kursbewegungen ... Dieses Paradigma kulminiert im zugespitzten Ausdruck ‚der Markt hat immer Recht‘.“

Längst „überfällige“ Anerkennung verdient die Elite der Wirtschaftswissenschaften also mitnichten für den Versuch, die Gegenstände des Finanzmarkts ihrem ökonomischen Inhalt entsprechend

auf den Begriff zu bringen. Famas Aufklärung geht vielmehr von den besonderen Spekulationsobjekten als Gegebenheit aus, die sich von selbst versteht. Womit auf diesem Markt gehandelt wird, erklärt der Fachmann, indem er die Umgangsweise der Spekulanten mit ihren Handelsartikeln würdigt: Die haben nicht nur „rationale“ Motive, sondern setzen die auch noch „ganz schnell“ um, und fertig ist die wissenschaftliche Erklärung dessen, was sie da überhaupt tun. Vom Inhalt dieser ‚Rationalität‘ weiß man zwar noch immer nichts, dass dieses Treiben aber *kreuzvernünftig* ist, das kann man seinen Veranstaltern jedenfalls bescheinigen; und die Vernunft ihres Treibens färbt entsprechend auf das Betätigungsfeld ab, auf dem sie sich tummeln: „Hoch effizient“ ist der Markt, seine Akteure reagieren nicht bloß auf „Kursbewegungen“, sondern bringen immer die richtigen hervor! Toll – das leuchtet der Zeitung für die klugen Köpfe total ein.

Gewinner Nummer 2 hält von den Thesen seines Kollegen wenig:

„Hingegen hat Shiller seit den achtziger Jahren zunehmend Zweifel an der These strikt rational kalkulierender Marktakteure aufgeworfen ... Zweimal warnte er vor Blasen an Finanzmärkten. Nach Shiller lassen sich Marktteilnehmer zum Teil auch von irrationalem Überschwang oder Ängsten leiten ... Er sieht die Märkte manchmal auf schwindelerregenden Achterbahnfahrten ... Später betonte Shiller, es gebe Herdenverhalten, weil Anleger sich von vergangenen guten Renditen antreiben ließen ... Kaum ein Ökonom wusste mehr über die Finanzkrise, bevor sie da war, als Robert Shiller. Seine Forschung zeigt, wie die Entscheidungsfindung von Menschen auf Kapitalmärkten funktioniert und welche Folgen das hat.“

Der Mann hat mitbekommen, dass es auf den Finanzmärkten ab und an sogenannte „Blasen“ gibt. Auch seine Erklärung kommt ganz ohne den Inhalt der Materie aus, die da als ‚aufgeblasen‘ vorstellig gemacht wird – als läge es nicht an deren ökonomischer Qualität, dass das Finanzmarktgeschäft in schöner Regelmäßigkeit, Übertreibungen produziert, wie das im Fachjargon heißt. Stattdessen hebt das Bild von den „schwindelerregenden Achterbahnfahrten“ auf ein Gegenprogramm zur „Rationalität“ des Kollegen ab, das dessen falsche Abstraktion aufnimmt und kreativ fortentwickelt. Auch Shiller löst die Sache der „Kapitalmärkte“ unmittelbar auf in den spekulativen Bezug der Spekulanten zu all den Gegenständen, über die sie immerzu „Entscheidungen“ fällen. Nur fügt er der Idee von der ökonomischen Vernunft dieser Märkte und ihrer Akteure den wertvollen Zusatz

hinzu, dass von solcher „Rationalität“ keinesfalls immer die Rede sein kann. Was da in Gestalt von „Blasen“ und „Finanzkrisen“ gemeinhin als nicht so funktional und effizient gilt, ist für ihn einem konkurrierenden Prinzip zu verdanken, nämlich einer „irrationalen“ Menschennatur der Handel treibenden Subjekte – und schon ist die Theorie fertig. Wodurch in dieser Branche die Gefühlslage von Spekulanten *ökonomisch* bedeutsam wird, was da vor sich geht, wenn das kollektive „Verhalten“ einer „Herde“ erst zu Blähungen bei den Kursen und dann zu deren Absturz führt: Das interessiert auch diesen Forscher nicht die Bohne. Funktionsstörungen auf dem Finanzmarkt zeigen ihm, dass der homo oeconomicus bei seinen „Entscheidungen“ unmöglich allein mit Vernunft unterwegs sein kann, also pflanzt er ihm unter dem Titel „Irrationalität“ die abstrakte Negation von Vernunft ein – und auch das leuchtet der Zeitung für die klugen Köpfe total ein.

Ob die Antwort nun „Rationalität“ oder „Irrationalität“ lautet: Nach einer Gesetzlichkeit in den Umgangsweisen der Finanzmarktakteure mit ihren Handelsgegenständen zu suchen, ohne den ökonomischen Inhalt dieser Gegenstände, die aus diesen „effizienten“ Gestalten überhaupt erst Finanzmarktakteure machen, ins Auge zu fassen, führt zu nichts anderem als einer Fiktion von Gesetzmäßigkeit. Und wenn gleich zwei von denen miteinander wettstreiten, verdient sich ein Fachmann für Wahrscheinlichkeit auch noch eine goldene Nase. Gewinner Nummer 3:

„Lars Peter Hansens statistische Methoden dienen vor allem dazu, die Rationalitätstheorien zu testen ... Durch Hansen verstehe man heute besser, wie Händler, Spekulanten und Investoren entscheiden ... Hansen entwickelte eine statistische Methode namens ‚Generalized Method of Moments‘, die heute überall genutzt wird, um Finanzmärkte zu verstehen und zu analysieren ... ‚Die ist heute wie Brot und Butter in der Ökonometrie geworden‘, sagt Harald Uhlig. Vor allem deshalb, weil man damit Aussagen über die Präferenzen von Marktteilnehmern machen kann, wenn sie ‚intertemporale‘ Entscheidungen fällen – also Entscheidungen, die das Heute gegen das Morgen abwägen.“

Aus dem empirischen Material der „Entscheidungen“ und „Präferenzen von Marktteilnehmern“ beim Gewichten des Heute als Argument fürs Morgen verfertigt der Mann seine eigene Erklärung, indem er statistische Zeitreihen *interpretiert*. Er sucht nach Regelmäßigkeiten im Gebaren der Spekulanten bei der Verrichtung ihres Geschäfts, und wenn er welche findet, die mit dem Instrumentarium der Mathematik irgend- →

Das Menschenrecht – Heiligenschein der Staatsgewalt

Wenn Flüchtlinge im Mittelmeer ertrinken, afghanische Hochzeitsgesellschaften von Militärdrohnen getötet oder Dissidenten in Gefängnisse weggesperrt werden, dann prangern kritische Zeitgenossen Menschenrechtsverletzungen an. Sie finden nichts weiter dabei, ausgerechnet dem staatlichen Gewaltapparat, der über das Leben von Leuten entscheidet, vorzuwerfen, er verstoße gegen Normen, denen er doch eigentlich zu genügen hätte. Damit ersparen sie sich jeden Blick auf die staatlichen Interessen, die Leute zu Opfern machen, weil sie durch sie als Störenfriede, „Kollateralschäden“ oder als Staatsfeinde definiert sind und entsprechend behandelt werden, und auf die politische Ordnung, aus der diese Interessen erwachsen und deren Organisation staatliche Aufgabe ist. Stattdessen haben Menschenrechtskritiker als Grund für die angeprangerten Brutalitäten von Staatsmännern die Abwesenheit einer rechtlichen Schranke ausgemacht.

Dabei stören sie sich nicht daran, dass Politiker zur Legitimierung ihrer Taten oft auf die geltende Rechtslage verweisen können, die sie schaffen. Denn die Menschenrechtskritiker haben als Schranke eine höhere Art von Recht im Auge: das aus der Natur des Menschen entspringende Recht auf Respekt durch die staatliche Obrigkeit. Wofür sie sich da einsetzen, ist der Sache nach eine Paradoxie: ein Recht nicht *durch*, sondern *gegen* den Staat; ein Regelwerk, das nicht wie sonst üblich die Bürger, sondern die Staatsmacht zu Wohlverhalten verpflichtet; eine Verpflichtung des Staates auf Normen, der selbst keiner Gewalt unterliegt, die ihn verpflichten könnte.

Grund genug, einmal Abstand davon zu nehmen, sich damit zu befassen, ob und inwieweit die Menschenrechte eingehalten werden, und stattdessen einmal zu fragen, was das eigentlich für eine Sache ist, das Menschenrecht, und es selbst zum Gegenstand der Kritik zu machen.

Montag, 20. Januar, 19:15 Uhr, Sprecherrat (1. OG), Turnstr. 7, Erlangen

Arbeitszeitverkürzung bei Porsche: Eine Stunde Druckausgleich für immer mehr Druck pro Stunde

Ende Oktober vermelden Zeitungen einen „*ungewöhnlichen Schritt*“ aus der Welt der Produktion. Der Autobauer Porsche senkt für die Mitarbeiter am Standort Zuffenhausen die wöchentliche Arbeitszeit von 35 auf 34 Stunden bei vollem Lohnausgleich. „Ungewöhnlich“ deshalb, weil es für die Kommentatoren ganz und gar gewöhnlich ist, dass ein Automobilunternehmen, das gerade nicht „in der Krise“ ist, sondern immer mehr von seinen Produkten auf dem Markt verkauft, gar nicht genug Arbeit aus seinen Arbeitskräften herausholen kann.

Tatsächlich ist das auch bei Porsche nicht anders, wie der Betriebsratsvorsitzende Hück in seiner Begründung für die geschenkte Arbeitsstunde zu Protokoll gibt:

„Vor vier Jahren seien am Tag 142 Autos in Zuffenhausen gefertigt worden, inzwischen seien es mehr als 200 Einheiten. Zwar seien neue Mitarbeiter eingestellt worden, andererseits sei aber auch die Produktivität enorm gestiegen, sagte Hück.“ (Nürnberger Nachrichten, 21.10.13).

„Durch die Produktivitätssteigerung in Zuffenhausen nimmt der Stress meiner Kolleginnen und Kollegen zu. Dafür brauchen wir ein Ventil. Das haben wir mit der Arbeitszeitverkürzung in Zuffenhausen erreicht.“ (automobilwoche.de, 19.10.13)

Es ist dem Betriebsratsvorsitzenden völlig klar, dass die Steigerung der Ergiebigkeit der Arbeit in einem kapitalistischen Unternehmen den Beschäftigten weder Arbeit erspart noch sie erleichtert, vielmehr mit steigenden Belastungen einhergeht. Den Grund verschweigt er allerdings: Dass die Leute pro Stunde mehr Autos für die Firma bauen, ist ökonomisch nur deswegen vernünftig, weil Porsche mehr geldwertes Produkt aus der Arbeit herausholt. Indem die Firma den Arbeitskräften pro Produkt weniger Lohn zahlt, senkt sie

die Lohnstückkosten und vergrößert die Gewinnspanne. Der Nutzen der Produktivität gehört dem Kapital und geht zu Lasten derer, die produktiver geworden sind: Bei denen macht sich das kalkulatorische Interesse des Betriebes, die Kosten der Arbeit am zusätzlich geschaffenen Geldwert zu senken, darin bemerkbar, dass ihre Dienste für die Geldrechnung der Unternehmer einfach nur ruinöser werden.

Darin sieht der Betriebsratsvorsitzende Hück nur ein Problem – und das packt er in das drastische Bild von einem „Ventil“, das die Bandarbeiter brauchen, damit aus dem steigenden Arbeitsdruck nicht noch ein Überdruck wird und irgendein Kessel platzt. Der Betriebsratschef nimmt seine Leute als kollektive Maschine ins Visier, die einer ihrer technischen Eigentümlichkeiten entsprechenden Wartung bedarf. Die Stunde Freizeit, die er „erreicht“ hat, dient unter den gegebenen Stressbedingungen der *dauerhaften Leistungsfähigkeit* der Belegschaft für den Unternehmenszweck – und damit ist den Bandarbeitern mindestens genauso gedient wie dem Unternehmen, denn sie wissen ja, was ihnen blüht, wenn sie schlapp machen.

Das Unternehmen tauscht gerne circa 3 % der wöchentlichen Arbeitszeit gegen die – grob gerechnet – 40 % gesteigerte Leistung pro Arbeitsstunde in den letzten vier Jahren und stellt dazu noch klar, dass es auch künftig in Sachen Leistung auf nichts verzichtet, wenn es auf eine Wochenstunde Arbeitszeit verzichtet:

„Wie ein Sprecher erklärte, sind (für die wegfallenden Arbeitsstunden) keine Neueinstellungen geplant.“ (Epoch Times, 13.10.2013).

Und mit all dem pflegt Porsche noch das Image einer Edelschmiede, die Autos für Privilegierte von privilegierten Arbeitern bauen lässt. ●

→ wie fassbar sind, ist das dem ökonomischen Sachverstand Anlass genug, an eine Gesetzmäßigkeit zu glauben, von der das Datenmaterial regiert wird. Worin die genau besteht, vermag die Statistik zwar nicht zu sagen. Dafür ermittelt sie im vorliegenden Fall bis auf zwei Stellen hinter dem Komma exakt, wie wahrscheinlich und unwahrscheinlich die preisgekrönten Fiktionen von der Gesetzmäßigkeit des Finanzmarktverhaltens sind – noch etwas, was der Zeitung für die klugen Köpfe total einleuchtet. Denn: „*So unterschiedlich die drei Forscher sind, ihre Arbeit kreist um dieselbe Frage: Was treibt Finanzmärkte an?*“ – dass die Frage überhaupt aufgeworfen wird, leuchtet klugen Köpfen am allermeisten ein. Die *Suche* danach, was die Finanzmärkte „*antreibt*“, ist schon das überzeugende Ergebnis.

Die Widersprüchlichkeit der gekürten Theorien irritiert manchen Kommentator auch bei der FAZ, für das Blatt Anlass, den Lesern zu erklären, warum es auf solche Widersprüche nicht ankommt:

„*Viele Laien halten die Vorgänge an den Finanzmärkten für wenig durchschaubar und potentiell gefährlich; die Teilnehmer an diesen Märkten schätzen sie als übergeschnappt bis größenwahnsinnig ein. Die Forschung zeigt nun aber, dass es keiner Verschwörungstheorien bedarf und sich Finanzmärkte nachvollziehbar analysieren lassen. Dennoch ist noch viel zu tun: Die Finanzmarktfor-*schung bleibt eine große Baustelle.“

Die Schwedische Akademie zeichnet in diesem Jahr Ökonomen aus, die sich mit der Preisbildung an Finanzmärkten befassen. Hier existiert in der Fachwelt aber auch nach vier Jahrzehnten Forschung keine Einigkeit darüber, welche Bedeutung Marktunvollkommenheiten und verhaltenswissenschaftliche Analysen einnehmen sollen. Die Akademie hat in dieser Frage keine Entscheidung treffen wollen und mit Eugene Fama einen Vertreter der Theorie effizienter Märkte ebenso zum Preisträger gekürt wie mit Robert Shiller einen Vertreter der Ansicht, dass Finanzmärkte weitaus weniger effizient funktionieren. In Shillers Welt gibt es immer wieder Spekulationsblasen, Fama lehnt schon den Begriff ab.“

Die „große Baustelle“, auf der Shiller und Co. herumwerkeln, vermag keinen Verdacht zu provozieren, dass es womöglich um die Erkenntnisqualität in diesem Metier gar nicht gut bestellt ist. Die mögen die gegensätzlichsten Thesen vertreten – ob's stimmt oder nicht, spielt keine große Rolle, denn „keine Einigkeit“ beim Modelle-Konstruieren verträgt sich bestens mit dem Dienst, dem Finanzgeschäft den Glanz der Wissenschaftlichkeit zukommen zu lassen. „Laien“, die sich ihrer tatsächlichen oder auch nur ideellen Betroffenheit durch die Finanzmärkte wegen empört zeigen, können sich sicher sein, dass das, was die Spekulanten im Allgemeinen treiben, nicht „gefährlich“, undurchschaubar oder gar wahnwitzig ist, sondern schwer in Ordnung geht. Weil die „Vorgänge auf den Finanzmärkten“ nachvollziehbar sind und sich analysieren lassen, haben sie Anerkennung verdient; dass „der Finanzmarkt“ Theorien zugänglich ist – wie widersprüchlich und mangelhaft die auch sein mögen –, adelt ihn als Sphäre wirtschaftlicher Vernunft, so dass der „Laie“ sich seine Aufregung zur Finanzkrise getrost schenken kann.

Wo die Erklärbarkeit zum schlagenden ‚Beweis‘ für die ökonomische Rationalität der Finanzmärkte wird, fällt die Erkenntnis der Finanzmarktökonominnen unmittelbar mit der Rechtfertigung ihres Erkenntnisobjekts in eins. Genau dafür hat die schwedische Nationalbank diesen speziellen Nobelpreis erfunden. ●